

Ein Gesetz entsteht

Tragt folgende Artikel in die Leerstellen ein:

76(1) – 76(2,3) – 77(1) – 77(2) – 77(2a) – 77(3) – 77(4) – 78 – 79(2) – 82

Füllt die Lücken in dem Schaubild.

Artikel: _____

Artikel: _____

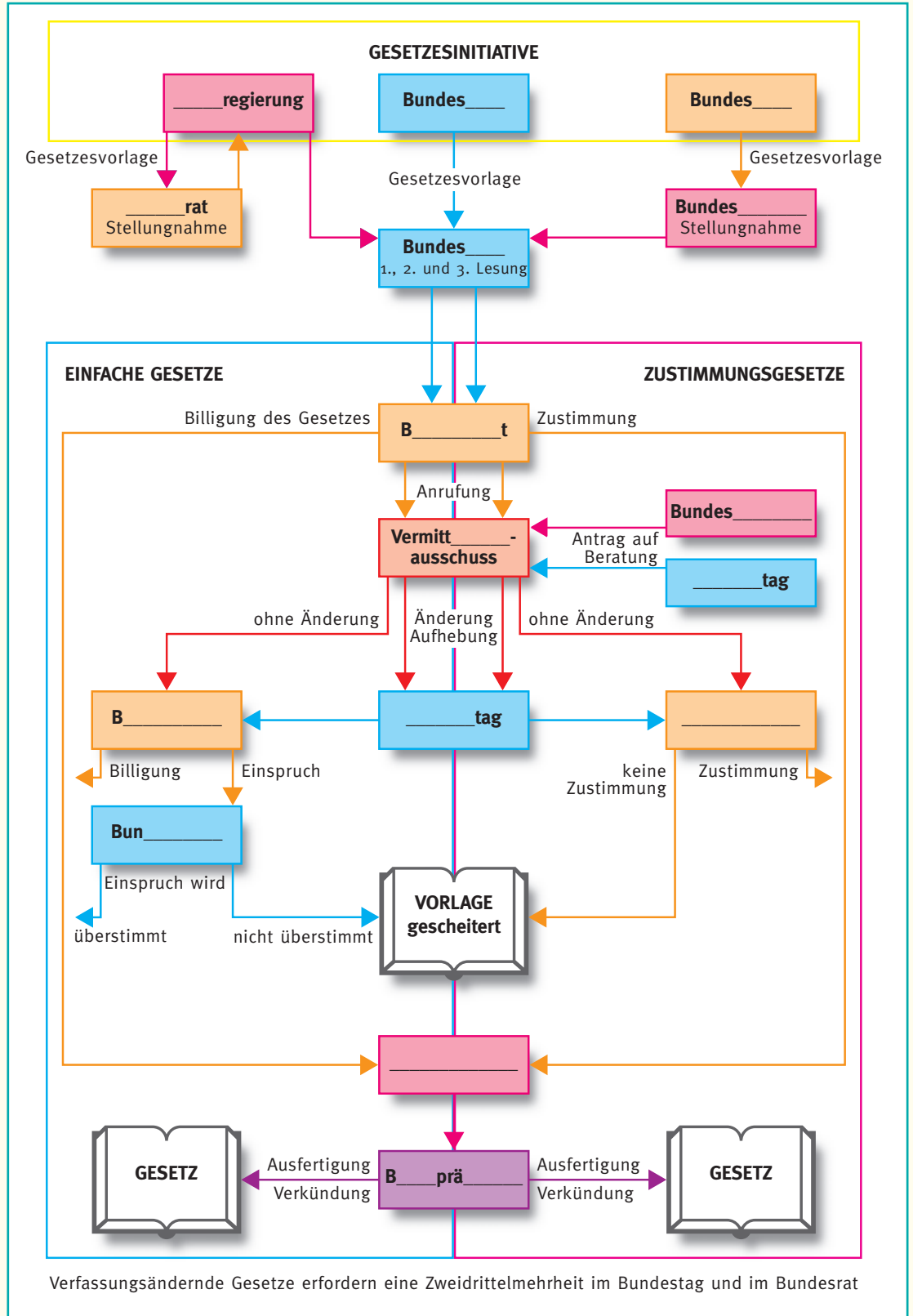
Artikel: _____

Artikel: _____

Artikel: _____

Artikel: _____

Artikel: _____



Gesetzgebung

Dass die Verhandlungen mit der CDU/CSU-Fraktion hart sein werden, war allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von vornherein klar. Schließlich liegen die Modelle beider Koalitionspartner zur Reform unseres Gesundheitswesens weit auseinander.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, Patientenverfügungen auch bei Koma-Patienten oder Demenzkranken anzuerkennen und damit die Möglichkeit zu eröffnen, deren Leben vorzeitig zu beenden.

Bundespräsident Horst Köhler hat am Montag die Gesundheitsreform unterzeichnet und damit den Weg für ein pünktliches In-Kraft-Treten zum 01.04.2007 freigemacht.

Das Bundesverfassungsgericht (Az.: 1 BvR 347/98) hat eine gesetzliche Krankenkasse (GKV) zur Kostenübernahme von neuen Behandlungsmethoden verurteilt.

Wer beschließt eigentlich in der Bundesrepublik Deutschland Gesetze?

Nur eine Antwort ist richtig!

kommt darauf an

Betroffene Interessenverbände

Bundesregierung

Richter und Gerichte

Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Regierungsfaktionen im Bundestag

Parteien

Bürger bei Volksabstimmungen


Bundeskanzler und Bundespräsident

Polizei und Verwaltung

Bundestag und Bundesrat



„Gesetze dienen dazu, die **?** zu gestalten und zu steuern. **?** regeln das Wirtschaftsleben, die soziale Sicherheit, den Arbeitsmarkt, die Berufsbildung, das Gesundheitswesen, die Erhaltung der Umwelt, den Datenschutz und vieles andere mehr. Damit werden Gesetze zu einem **?** und zur Gestaltung der **?** .

Die Parteien verkünden ihre **?** in Wahlprogrammen, Regierung und Koalitionsfraktionen formulieren sie im **?** und setzen sie auf dem Weg der **?** um. Gesetze sind aber nicht nur Umsetzungen politischer Programme. **?** für neue Gesetze können von einzelnen **?**, Interessen **?**, Bürger  **?** und Petitionen ausgehen. Sachverständigenkommissionen, Untersuchungsausschüsse, wissenschaftliche Beiräte geben **?** für gesetzliche Regelungen. Aktuelle soziale und wirtschaftliche **?** können neue Gesetze erfordern. Länder und Gemeindebehörden melden Änderungswünsche an, wenn bei der Ausführung von Gesetzen **?** auftreten. Wenn das Bundesverfassungsgericht ein Gesetz als nicht vereinbar mit dem **?** erklärt, ist eine neue Regelung erforderlich. Viele internationale Verträge bedürfen eines Gesetzes (Ratifizierung), um in Kraft zu treten. Immer häufiger sind Gesetze erforderlich, die sich aus der Mitgliedschaft Deutschlands in der **?** ergeben und europäisches in deutsches Recht umsetzen.“

Anstöße – Gesetze – politischen Absichten – Grundgesetz – Entwicklungen – Gesetzgebung – Verbänden – gesellschaftlichen Verhältnisse – Schwierigkeiten – Mittel der Politik – Europäischen Union – Bürgern/innen – Empfehlungen – Regierungsprogramm – Initiativen – Lebensverhältnisse

(aus: Horst Pötzsch, Die deutsche Demokratie, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, S. 73)

Mitwirkung bei der politischen Willensbildung – was bedeutet das?

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit, sagt das Grundgesetz. Was das bedeutet, steht im Parteiengesetz.

Tragt die untenstehenden Begriffe in die Lücken ein.

Sie bringen unterschiedliche politische , Ansichten und in der Gesellschaft zum Ausdruck, „artikulieren“ sie.

Sie fassen diese Vorstellungen zu und Konzepten zusammen, „bündeln“ sie, und entwerfen Vorschläge und Lösungen für politische .

Sie in der Öffentlichkeit für ihre Vorstellungen und versuchen die politischen Ansichten der Bürgerinnen und Bürger zu .

Sie bieten den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheiten, sich zu betätigen und politische zu sammeln.

Sie stellen Kandidatinnen und Kandidaten auf für die zu den Volksvertretungen in den Gemeinden, den Ländern und im Bund sowie für .

Sie als Regierungspartei die Regierung, als Oppositionspartei kontrollieren und kritisieren sie die politische Führung und entwickeln politische .

aktiv politisch – Alternativen – beeinflussen – Erfahrungen – Interessen – politische Ämter – Probleme – Programmen – unterstützen – Vorstellungen – Wahlen – werben

In welchen Formen vollzieht sich die „Mitwirkung bei der politischen Willensbildung“?

Tragt in eine Mind-Map die Formen ein, mit denen sich Parteien in der Öffentlichkeit darstellen (siehe Methoden-Kiste: Bestell-Nr. 5.340 unter: www.bpb.de > Publikationen).

Sammelt eine Woche lang aus den Tageszeitungen Berichte und Nachrichten von Aktivitäten der Parteien.

Gestaltet eine Wandzeitung oder eine Collage.

Erkundet: die Namen des/der Bundestagsabgeordneten
die Namen der/des Landtagsabgeordneten
die Anschrift der Parteibüros in eurer Stadt/eurem Kreis



Mehr Demokratie?

Kreuzt jeweils an, ob es sich bei dem Argument um ein Argument für (pro) oder gegen (contra) „Direkte Demokratie“ handelt.

1. Der Parlamentarische Rat hat sich aufgrund der schlechten Erfahrungen mit Volksentscheiden in der Weimarer Republik für eine reine Repräsentativdemokratie entschieden. Es gibt keinen Grund, an dieser Entscheidung zu rütteln.

Pro Contra

2. Es können lange Fristen für eine umfassende Information der Bevölkerung vorgesehen werden, um Manipulationen und Entscheidungen aufgrund kurzfristiger Stimmungen zu erschweren.

3. Elemente direkter Demokratie sind auf kommunaler und Landesebene wegen der Überschaubarkeit der zu entscheidenden Fragen und der geringen Zahl der Abstimmungsberechtigten praktikabel. Für die komplexen Probleme der Bundespolitik sind sie nicht geeignet.

4. Aktive, gut organisierte Minderheiten können ihre Sonderinteressen durchsetzen. Ebenso kann es zur Missachtung von Interessen nicht durchsetzungsfähiger Mehrheiten kommen.

5. Der Manipulation würde Tor und Tür geöffnet. Macht würde denen zufallen, die die dem Volk vorzulegenden Fragen formulieren und Zugang zu den Medien haben. Direkte Demokratie ist eine „Prämie für jeden Demagogen.“ (Theodor Heuss)

6. Das repräsentative System wird durch direkte Bürgerbeteiligung nicht abgeschafft, sondern ergänzt. Das Parlament bleibt der Ort politischer Auseinandersetzungen und Entscheidungen. Volksabstimmungen können jedoch das Parlament zwingen, sich mit Themen zu befassen, die die Gesellschaft bewegen.

(nach: Horst Pötzsch, Die deutsche Demokratie, Bonn 1999, 2. Auflage, S. 8)

7. Ein per Volksabstimmung beschlossenes Gesetz kann leicht den Anschein größerer Legitimität gewinnen. Es ist auch weniger korrigierbar als parlamentarische Entscheidungen. Es könnte sich die Tendenz entwickeln, das Parlament nur noch weniger wichtige Fragen entscheiden zu lassen.

Pro Contra

8. Der Missbrauch von Plebisziten kann dadurch ausgeschlossen werden, dass zu bestimmten Problemen – etwa Haushalt, Steuern, Außenpolitik – Volksbefragungen nicht zugelassen werden.

9. Die Zeit ist gekommen, den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten direkter Beteiligung an politischen Entscheidungen einzuräumen. Das Deutschland von heute ist mit der Weimarer Republik nicht vergleichbar. Demokratisches Bewusstsein und Informationsgrad der Bevölkerung sind heute ungleich höher als damals.

10. Die Verfassungen der meisten alten und aller neuen Bundesländer sehen Volksbegehren und Volksentscheide auf Landes- und kommunaler Ebene vor. Sie sind auch vielfach praktiziert worden, teilweise mit großem Erfolg und ohne negative Begleiterscheinungen.

11. Bei Volksbefragungen müssen komplizierte politische Probleme auf eine einfache Ja-oder Nein-Alternative reduziert werden. Entscheidungen in der pluralistischen Demokratie sind aber auf Kompromisse angelegt.

12. Die Mindestbeteiligung kann hoch angesetzt werden, um die Durchsetzung von Minderheitsinteressen zu verhindern.

Schreibt hinter jedes Pro-Argument die Nummer des dazugehörigen Contra-Arguments.

Führt ein Streitgespräch (Pro- und Contra-Debatte) durch (vgl. Methoden-Kiste).

Tipp: Der aktuelle Stand zum Thema „Volksabstimmung“ unter www.bundestag.de (suche Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid)